

Kessler hält an fünf Grundschuljahren fest

Bildungsminister weist Kritik von Saarbrückens Oberbürgermeisterin Britz zurück

Trotz des zunehmenden Abrückens der Jamaika-Koalition von der Einführung des fünften Grundschuljahres will Bildungsminister Klaus Kessler weiter dafür werben. Die Kritik daran in der Öffentlichkeit wächst aber.

Von SZ-Redakteur
Oliver Schwambach

Saarbrücken. Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne, Foto: Maurer) will sich unvermindert für die Einführung des fünften Grundschuljahres im Saarland einsetzen, obwohl Spitzenvertreter von CDU, Grünen und FDP diesem einen deutlich geringeren Stellenwert einräumen als zuvor (wir berichteten). Kessler wertet dies nicht als Abrücken. „Wegen der notwendigen Verfassungsänderung steht derzeit die Einführung des fünften Grundschuljahres und des Zwei-Säulen-Modells besonders im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Eine Reduzierung

aller bildungspolitischen Vorhaben auf diese beiden Punkte stellt jedoch eine sehr verkürzte Sichtweise dar“, sagte der Minister der SZ. Nichts anderes hätten die Koalitionsfraktionen zum Ausdruck gebracht. Er werde weiterhin für die Vorteile einer verlängerten Grundschulzeit werben, räumte aber ein, dass er mögliche Bedenken „in die weitere Entscheidung mit einbeziehen“ werde. Insgesamt, so Kessler, sei das



Klaus Kessler

fünfte Grundschuljahr einer von „zehn zentralen Bausteinen“ der Bildungsreform. Dazu zählten etwa auch das Kooperationsjahr zwischen Kindergarten und Grundschule und der Ausbau gebundener Ganztagschulen.

Die Kritik von Saarbrückens Oberbürgermeisterin Charlotte

Britz (SPD), bei der Einführung des fünften Grundschuljahres müsse die Landeshauptstadt Kosten in Höhe von 14 Millionen Euro schultern, wies Kessler zurück. Auf die saarländischen Kommunen kämen „keine Baukosten zu“. „Mit ihren Äußerungen verunsichert die Oberbürgermeisterin die Bürger unnötig“, sagte der Minister.

Unterdessen verstärkt sich der Widerstand gegen das fünfte Grundschuljahr. Der St. Wendeler Landrat Udo Recktenwald (CDU) begrüßte das „erkennbare Abrücken der Jamaika-Koalition“ ausdrücklich. Auch Bernhard Strube, Sprecher der Landeselterninitiative für Bildung, forderte, sich vom fünften Grundschuljahr zu verabschieden. Stattdessen solle man sich auf „einen Konsens über eine gut gemachte Gemeinschaftsschule“ verständigen und Verbesserungen bei Unterricht und Lernen an allen Schulformen herbeiführen.

Saarbrücker Zeitung, 1. September 2010